

Studien
zu Staat, Recht und Verwaltung

37

Chantal Chassein

Das Verbot einer verfassungswidrigen Gewerkschaft

Analyse, Kritik und Reform



Nomos

Studien zu Staat, Recht und Verwaltung

Herausgegeben von
Prof. Dr. Gabriele Britz
Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem
Prof. Dr. Laura Münkler
Prof. Dr. Jens-Peter Schneider

Band 37

Chantal Anna Chassein

Das Verbot einer verfassungswidrigen Gewerkschaft

Analyse, Kritik und Reform



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2022

ISBN 978-3-8487-7436-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-1441-9 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Hohen Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München zur Erlangung der Doktorwürde im Jahre 2022 als Inaugural-Dissertation angenommen.

Sie wäre nicht ohne meinen Doktorvater Herrn Professor Dr. Jens Kersten, Leiter des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München, möglich gewesen. Er hat mit seiner Idee den Grundstein für das Thema dieser Arbeit gelegt. Ich verdanke ihm nicht nur eine ausgezeichnete fachliche Betreuung, sondern auch die während der Schreibphase anhaltende Sicherheit, der Erarbeitung der Dissertation und Bewältigung ihrer juristischen Herausforderungen gewachsen zu sein. Ich möchte mich bei Herrn Professor Kersten herzlich bedanken für die Unterstützung, den Zuspruch und das wunderbar angenehme menschliche Miteinander. Ein besonderes Dankeschön gilt auch meinem Zweitkorrektor Herrn Professor Dr. Giesen, Leiter des Lehrstuhls für Sozialrecht, Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Ich möchte mich herzlich bei all denjenigen bedanken, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit fachlich unterstützt haben, insbesondere Lisa Thalmeir und Johanna Metzenmacher.

Über meinen gesamten juristischen Ausbildungsweg hinweg haben mich meine Familie und Freund:innen unterstützt und begleitet. Ich möchte dabei vor allem meinen Eltern René und Silvia danken, die mit ihrem uneingeschränkten Vertrauen in meine Fähigkeiten den Grundstein für alle Meilensteine meines bisherigen Lebenswegs gelegt haben. Ihnen widme ich diese Arbeit. Mein weiterer Dank gilt meinem Bruder André, der mit gutem Beispiel voranging, und meiner Schwester Jacqueline, die mir in stressigen Situationen zur Seite stand.

Die juristischen Fragestellungen dieser Arbeit schätze ich nicht nur wegen der Herausforderung, die die Auseinandersetzung hiermit beinhaltet. Zudem habe ich sie als fachlich und auch gesellschaftspolitisch sehr spannend und bereichernd empfunden. Dies wünsche ich auch allen Leser:innen.

Unterschleißheim, im Juli 2022

Chantal Chassein

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
A. Einleitung	13
I. Gewerkschaftsverbote vor Entstehung des Grundgesetzes	15
1. Frühe Neuzeit bis Bismarck-Ära	15
2. Wilhelminische Epoche bis Nationalsozialismus	18
3. Nachkriegszeit bis heute	20
II. Gewerkschaftslandschaft Deutschlands seit der Jahrtausendwende	20
1. Mitgliederzahlen und Entwicklung	21
2. Auswirkungen der Erstarkung des Rechtspopulismus seit 2015	21
B. Gewerkschaftsfreiheit und Gewerkschaftsgarantien	24
I. Normüberblick	24
1. Deutsches Recht	24
a. Grundgesetz	25
b. Vereinsgesetz	27
c. Landesverfassungen	28
2. Recht der Europäischen Union	28
3. Völkerrecht	30
a. Europäische Menschenrechtskonvention	30
b. Europäische Sozialcharta	31
c. Recht der Vereinten Nationen	32
aa. Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation	32
bb. Internationale Pakte	35
II. Eröffnung des Schutzbereichs – Der Koalitionsbegriff	36
1. Fehlende normübergreifende Definition	37
2. Die Koalitionen im Sinne des Grundgesetzes	38
a. Vorüberlegung: Verhältnis und Abgrenzung von Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	39
b. Vereinigung	41
aa. Personenmehrheit	41

Inhaltsverzeichnis

bb. Zweckoffenheit	42
cc. Dauer und organisierte Willensbildung	44
dd. Freiwilligkeit	47
c. Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	47
d. Weitere Anforderungen der Rechtsprechung	50
aa. Gegnerfreiheit, Gegnerunabhängigkeit und Überbetrieblichkeit	52
bb. Unabhängigkeit von Staat, Kirche und Parteien	53
cc. Durchsetzungsfähigkeit	56
dd. Kampfbereitschaft	58
ee. Weitere Kriterien	59
3. Vereinsgesetz	60
4. Gewerkschaftsbegriff in der Europäischen Menschenrechtskonvention	62
5. Zwischenergebnis	63
III. Schutzzumfang	63
1. Koalitionsfreiheit im Grundgesetz	64
a. Doppelgrundrecht: Individuelle und kollektive Koalitionsfreiheit	64
b. Bestandsgarantie	67
c. Gründungsgarantie	68
d. Koalitionsbetätigungsfreiheit	69
2. Vereinsfreiheit	71
3. Gewerkschaftsgarantie der Europäischen Menschenrechtskonvention	73
4. Zwischenergebnis	75
C. Schranken und Beschränkbarkeit	76
I. Schrankensystematik der Vereinigungsfreiheit	77
II. Verfassungsimmanente Schranke	78
1. Herleitung und Voraussetzungen	79
2. Rechtsprechungsbeispiele im Kontext der Koalitionsfreiheit	80
3. Gesetzesvorbehalt	83
4. Gesamtschau der Verfassung und topische Methode	86
a. Die „wehrhafte Demokratie“	89
aa. Die Verfassungsschutztrias	91
bb. Weitere Topoi der wehrhaften Demokratie	94
b. Gemeinwohlbindung von Gewerkschaften	95

c. Bewertung	99
aa. Verfassungsrechtlich gewollte Verbotsfestigkeit?	100
bb. Gründe für Verbotsmöglichkeit	103
5. Vereinsgesetzliche Regelung	106
6. Fazit	109
III. Die Grundrechtsverwirkung	109
IV. Schranke der Europäischen Menschenrechtskonvention	112
1. Gesetzliche Regelung	113
2. Legitimer Zweck	115
3. Verhältnismäßigkeit (Notwendig in demokratischer Gesellschaft)	115
D. Szenarien eines Gewerkschaftsverbots	118
I. Abgrenzung	118
II. Schutzgüter der wehrhaften Demokratie und ihre Bedrohung durch Gewerkschaften	119
1. Vorüberlegung: Gewerkschaftlicher Bezug des verbotsauslösenden Handelns	119
2. Verstoß gegen die Strafgesetze	123
a. Die Strafgesetze	123
b. Strafgesetzwidrige Zwecke oder Tätigkeiten	126
c. Zuwiderlaufen	127
d. Beispiele aus Vereinsverböten	128
e. Denkbare Verletzungen durch Gewerkschaften	130
3. Verletzung der verfassungsmäßigen freiheitlich demokratischen Grundordnung	132
a. Definitionen und Inhalte	132
aa. Die verfassungsmäßige Ordnung	134
bb. Die freiheitlich demokratische Grundordnung	136
b. Aktives Element	139
aa. Sich-Richten gegen die verfassungsmäßige Ordnung	140
bb. Beeinträchtigung, Beseitigung oder Gefährdung	141
cc. Kämpferischer Missbrauch	142
c. Beispiele aus Vereins- und Parteiverboten	143
d. Denkbare Verletzungen durch Gewerkschaften	147
4. Bestand der Bundesrepublik Deutschland und Gedanke der Völkerverständigung	152
a. Inhalte	152
b. Aktives Element	153

Inhaltsverzeichnis

c. Beispiele aus Vereins- und Parteiverboten	154
d. Denkbare Verletzungen durch Gewerkschaften	154
5. Zurechnungsfragen	155
6. Zwischenergebnis	157
III. Verhältnismäßigkeitsprinzip	158
IV. Einfluss des Völkerrechts	160
V. Praktische Umsetzung	160
1. Verbotsverfahren	161
a. Allgemeines Verfahren	161
aa. Verbotsbehörde	162
bb. Formelle Anforderungen	163
b. Das Bestätigungsverfahren	165
2. Verbotsfolgen	168
3. Teilorganisationen	170
4. Rechtsschutzmöglichkeiten der Gewerkschaft	171
E. Ausblick und Gesetzesvorschlag	175
Literaturverzeichnis	183

Abkürzungsverzeichnis

a.E.	am Ende
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEUV	Arbeitsvertrag über die Europäische Union
AfD	Alternative für Deutschland
AidA	Arbeitnehmer in der AfD
ALARM!	Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland
Art.	Artikel
AVA	Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer
CDU	Christlich Demokratische Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DPA	Deutsche Presse-Agentur
BAG	Bundesarbeitsgericht
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EUV	Vertrag über die Europäische Union
e.V.	Eingetragener Verein
FAU	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GRC	Europäische Grundrechtecharta
GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
GG	Grundgesetz
GH	Gerichtshof
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
ILO	International Labor Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SGB	Sozialgesetzbuch

Abkürzungsverzeichnis

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SprAuG	Sprecherausschussgesetz
SRP	Sozialistische Reichspartei
StGB	Strafgesetzbuch
TVG	Tarifvertragsgesetz
UAbs.	Unterabsatz
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgesellschaft
VereinsG	Vereinsgesetz